Notizen zu Redebeiträgen und Beschlussfassung zum Thema Parteitag

Axel Trost (Moderation):

Zum Thema Parteitag hätten die Bundesvorstände (Buvo'e) intensiv diskutiert. Festzustellen sei zu recht, die "alten" Delegierten repräsentieren den gewachsenen Mitgliederbestand nicht mehr richtig. Also müssen wenigstens Ergänzungen durch Wahlen geschaffen werden. Dies müsse rechtlich noch abgeklärt werden.

Bei einer eventuellen Verschiebung des Parteitages (PT) müsse aber die Möglichkeit der schnellen Positionierung zu den Problemen Doppelmitgliedschaft (DM) und Kooperationsabkommen III (Koop.III) geschaffen werden. Eine mögliche Urabstimmung würde zumindest ein Bild über die Verlässlichkeit der Basis geben.

Klaus Ernst:

Die Option, den PT durchzuführen, bringe Anfechtungen, weil die Delegierten nicht legitimiert seien. Nur: Die Schiedskommission (Schiko) sähe das noch nicht so, stellt Rechtmäßigkeit in Frage.

"Den Parteitag dürfen wir nicht einfach durchführen!" Es gäbe keine Alternative, als den PT abzusagen. Die Absage müsse mit Hilfe des Länderratspräsidiums gemeinsam geschehen. Er plädiere für eine "Paketlösung", gepackt aus <u>Urabstimmung</u>, vorgezogener Länderratssitzung und verschobenem PT. Dies solle auch als Paket kommuniziert werden.

Joachim Bischoff:

Als "Paketlösung" könne er die Parteitagsabsage akzeptieren.

Henning Hagen:

Erinnerte an Vorgeschichte Bad Wildungen (E. Worguls Vorschlag, neue Delegiertenwahlen durchzuführen und W. Dreibus' Einwand; danach Beschluss zugunsten der Neuwahlen). Sei eine gewisse Gutgläubigkeit des Länderrates (LäRat) gewesen ...(?)

Verteidigt die Meinung, den PT durchzuführen wie ursprünglich gedacht.

Übt heftige Kritik an "wie gearbeitet wird" im Hinblick auf die LäRats-Sitzung in Leipzig-Markkleeberg.

Diejenigen, die die WASG anzünden wollen, sind keine kleine Minderheit mehr. Er sähe die große Gefahr, dass PT ihnen "um die Ohren fliegt", dass die Brandstifter mobilisieren.

Plädiert nochmals dafür, PT durchzuführen, gerade wegen dieser Gefahr. Die Gründe aber auch noch mal bekannt geben!

Helge Meves:

PT muss aber auch für den Parteineubildungsprozess nutzbar gemacht werden. Es dürfen keine anfechtbaren Beschlüsse kommen.

<u>Meint, Parteitag durchführen</u> mit dem Ziel, er löst sich selber auf – als 3. Variante! Leider bestünde eben das ungelöste Problem der Kosten und Ladungsfristen dabei.

Felicitas Weck:

Es ist nicht geklärt "was mit den Delegierten ist". Als sie gewählt wurden, gab es noch keine Kreisverbände in verschiedenen Ländern. Also sind die Delegierten gar nicht rechtmäßig gewählt worden? "Müssen wir nicht jetzt die Delegierten erst mal rechtmäßig wählen?"

Wir haben Brandstifter ...

.....aus NRW:

Weist auf gefährliche Situation hin. "Wir brauchen einen rechtssicheren PT!" Ist dafür, die <u>Urabstimmung ganz nach hinten zu schieben</u>, weil eine Debatte sonst vorher nicht möglich sei.

Hält es für richtig, den PT zu verschieben.

Thies Gleis:

"Habe endlich mal unsere Satzung gelesen". "Wir brauchen etwas, um das Vertrauensdefizit wegzubekommen."

Meint, die Arroganz der L.PDS in verschiedenen Bundesländern bewirke den Widerwillen der Basis. Man könne nicht nur die Pannen in Satzungsfragen lösen. <u>Tendiert dazu, PT durchzuführen mit altem Delegiertenstamm und einigen zugewählten Delegierten, zusätzlich einen erweiterten Gaststatus einführen.</u>

Heidi Scharf:

War gerade in Vietnam, erfuhr dort von Verschiebung des PT! Wir beschäftigen uns mit uns selber – sehr negativ. Schlechtes Signal! <u>Termin PT soll bleiben</u>.

Keine Urabstimmung ohne breite Debatte, das sei Russisch-Roulette. PT kann verschoben werden.

Klaus Ernst:

Geht auf "Durchsickern" der Nachricht von der PT-Verschiebung und geplanten Urabstimmung ein (immerhin bis Vietnam). Heftige Kritik darüber, ohne Namen zu nennen, scheinbar standen doch Vermutungen im Raum.

Wir müssen den PT verschieben oder absagen!

Wir brauchen eine Paketlösung!

Wir wollen den Termin vom PT politisch nutzen!

"Nochmal zur Urabstimmung: debattiert wird ja längst überall!" Deshalb <u>Urabstimmung durchführen!</u> Forum dazu machen, z. B. im Internet!

Meint, die bisherigen Kritiker seien Leute, die eigentlich schüren, die eine ganz andere WASG wollen. Zum Vorwurf aus Schleswig-Holstein, die erste Urabstimmung sei gefälscht – wie gehen wir damit um? Das führt zur Selbstbeschäftigung! Der PT wird verschoben!

Wendet sich an LäRat: Die alten Delegierten sind im Amt! Für 2 Jahre gewählt. Wenn wir PT verschieben: alte Delegierte nehmen und Nachwahl von Delegierten zur Ergänzung von entstandenen Ausfällen.

Vor dem PT noch die Urabstimmung.

Biörn Radke:

Es besteht eine offensichtliche Unsicherheit in der Partei zum Parteibildungsprozess. Was folgt jetzt? Offensiv vorgehen und bekannt geben, was wir wollen. Will <u>PT verschieben</u>, die <u>Urabstimmung noch "weiter nach hinten</u> hinaus verschieben".

Sabine Lösing:

Weist auf 2 Kriterien der Problematik hin: Rechtssicherheit nicht geklärt, Vermittelbarkeit noch fraglich. Spricht dafür, PT zu verschieben, aber so kurzfristig wie mög-

lich. Alle Schritte nachvollziehbar für die Mitglieder erklären, in ein Gesamtpaket einschnüren.

"Wir müssen gucken, wieso kommt das, wieso denken die Leute so? Ich denke, es greift zu kurz, wenn wir das auf "Feuerleger" schieben. Wir dürfen nicht immer gleich sagen, die anderen sind immer nur "bekloppt"."

"Bin gegen eine Urabstimmung."

Axel Troost:

Verteidigt sich wegen Vorwurf "Durchsickern" der Nachricht von Telefonkonferenz zu PT-Verschiebung/Urabstimmung.

- 1. Ist Koop.III durchsetzbar? Ist es überhaupt gültig? Viele LaVo'e akzeptieren Koop.III.
- 2. DM für diese Frage haben wir nicht beliebig viel Zeit, sonst bricht das Chaos aus.

Heidi Scharf:

Was wird, wenn in einer Urabstimmung Koop.III und DM abgelehnt wird?

Axel Trost:

Das wird es nicht geben.

Thomas Händel:

Wenn wir die Urabstimmung verlieren, verlieren wir auch auf dem PT.

Durch den Sozialabbau gibt es soviel Betroffene, denen es schlecht geht, die von "denen da oben" enttäuscht sind. Daher das Misstrauen gegenüber allem, was "oben" ist, auch gegen den BuVo.

Wir müssen uns mit dem Schiedsgericht verständigen, wie die jetzt vermasselten Wahlen der Delegierten repariert werden sollen. Nur: Die Raktionszeit ist zu knapp. Deshalb: PT verschieben.

Wenn das Schiedsgericht verständigt ist, ist "Verbandsgerichtsbarkeit" möglich. Jedes ordentliche Gericht nimmt erst Klage an, wenn "Verbandsgerichtsbarkeit" ausgeschöpft wurde. (?)

Wenn wir den PT verschieben, umso wichtiger die Urabstimmung!

Vorschlag:

Nach Verständigung mit Schiedsgericht: Einladung der Landesvorstände (LaVo'e) nach Berlin am 5. 2. Am 19. 2. dann LäRats-Sitzung (1 Tag).

Statt PT an diesem Samstag eine Wahlkampfveranstaltung machen in der Kongresshalle in Frankenthal.

Im April Urabstimmung <u>nach</u> den Wahlen durchführen.

Erst für Mai/Juni PT planen.

Henning Hagen:

Stelle Antrag, die Präsidiumsmitglieder sollen sich bitte alle äußern, <u>alle vier!</u> Wurde akzeptiert.

Joachim Bischoff:

Koop.III sei beschlossen und gilt. LäRat hat Zusammensetzung, die ihm politisch nicht passt. Der LäRat hat überproportionale Besetzung von außer der SAV noch andere revolutionären Kräften.

Christine Buchholz:

...... (hier hab ich statt mitzuschreiben meinen Redebeitrag vorbereitet.)

Helge Meves:

Dass der Konflikt wegen der Delegiertenwahlen heilbar ist, sei anzuzweifeln. Vorschlag: <u>PT tritt zusammen, löst sich auf.</u>

Thies Gleis:

Zum Vorwurf Partei beschäftige sich zu sehr mit sich selber: Eine Partei wird sich immer mit sich selbst beschäftigen.

Urabstimmung ohne Debatte geht nicht.

Felicitas Weck:

Sollte der PT im März stattfinden, müsse man daran denken, dass das dem Wahlkampf schaden könne. Besser findet sie den Vorschlag Th. Händels, die Kongresshalle in Frankenthal für eine tolle Wahlkampfveranstaltung zu nutzen. PT nur kurz verschieben.

Anny Heike:

PT verschieben. Man solle doch mal die Übergangsregelung zur Satzung anschauen, Punkt 7.2. Damals seien die Delegierten ja nur für den ersten PT gewählt gewesen.

Irina Neszeri:

Berichtet, wie sie telefonische Auskünfte über die Stimmung in den Ländern erfragt habe. Danach grummele es sehr in den Ländern.

Klaus Ernst:

Zu Irina: Basis sei doch anders, als Irina beobachtet hätte. Wir müssen bei der Wortwahl darauf achten, von "PT verschieben" sprechen, nicht von "absagen"!

Axel Troost:

Fordert zur Abstimmung auf.

Henning Hagen:

Vom Präsidium des LäRat's hat Maria noch nicht ihre Auffassung beigesteuert. Sie soll noch sprechen.

(Ich entschuldigte mich, hätte direkte Aufforderung erwartet. Weil Redeliste so voll, nicht selbst gemeldet.)

Maria Hundert (schreibe ausführlich, weil eigene, vorbereitete Notizen zum Sprechen genutzt).

Warum passt Joachim Bischoff die Zusammensetzung des LäRat's politisch nicht? Der LäRat habe eine überproportionale Besetzung außer der SAV noch "anderer revolutionärer Kräfte". Das erinnert an Markkleeberg. Ehrlicherweise muss man doch sagen, das Abstimmungsverhältnis ähnelte oft der Begegnung zweier Fronten: BuVo gegen Delegierte des LäRat's. Ich bin für eine unbedingte Untersuchung des "Warum" dieses Zustandes und nicht für ein oberflächliches "Abdeckeln" der Kritiker, wie

wenn man einen Topf mit kochendem Inhalt krampfhaft schließen will. Es gilt, die Krise unserer Partei erst einmal zu respektieren, eine ordentliche Diagnose zu stellen, bevor man den Verband anlegt. Wir haben alle das Ziel, die neoliberale Entwicklung zu bekämpfen. Wir kämpfen gegen Verarmung und Entrechtung der Menschen. Statt die Delegierten des LäRates als ungute revolutionäre Kräfte zu bezeichnen, wäre es besser, nach dem Warum zu forschen. Wir wollen eine neue linke Partei bilden. Dazu wird in Klaus Ernst' politischer Erklärung zur Jahreswende gesagt, es sollen auch andere Bewegungen einbezogen werden.

Ich meine, es sieht danach aus, als begnügen wir uns mit unserer Mitgliederzahl. Wir brauchen aber mehr Mitglieder. Wir sollten eingehen auf die anderen Stimmen im LäRat, um sie besser verstehen zu können und wieder mehr zu wachsen als Partei.

Wir in Sachsen haben zur Verschiebung des PT eine satzungsorientierte Auffassung, zu der ich auch persönlich stehe.

Wir haben diese Haltung formuliert:

(Habe Enricos Sätze zu meiner Vorbereitung für diese BuVo-Sitzung vorgelesen bis einen Absatz nach Punkt 4., siehe auch Anhang!)

Einwurf Irina Neszeri: Genau das hat mir Enrico schon am Telefon gesagt! **Maria Hundert** weiter: Zur Frage der Legitimation der ursprünglichen Delegierten des Parteitages kann ich solche Argumentation, wie sie Anny Heike nannte, nicht akzeptieren. Wenn damals die Übergangsregelung notwendig war, so hat diese doch nur in engster Verbindung mit der Satzung ihre Gültigkeit. Die Delegierten sind also auf zwei Jahre gewählt und nicht nur für den ersten Parteitag.

Irinas Beobachtung bei ihrer Telefonbefragung zur Stimmung in den Landesverbänden ist vielleicht durchaus richtig, es seien Differenzen zur Auffassung des BuVo'es zu erkennen. Ich schließe mich auch Henning Hagens Mahnung an, den Parteitag wie geplant durchzuführen. Mit einer Verschiebung verunsichert man die Parteimitglieder nur noch mehr und büßt Glaubwürdigkeit ein.

Axel Troost:

Ruft zur Abstimmung unter den Präsidiumsmitgliedern des LäRates auf. Für die Verschiebung des PT: A. Heike, H. Scharf, F. Weck

Dagegen: M. Hundert

Axel Troost:

Fasst zusammen, was die Debatte ergeben habe.

Es soll also eine Paketlösung geben mit folgendem Inhalt:

- 1. Schiedsgericht konsultieren/einberufen (?) wegen der Delegiertenwahlen
- 2. LaVo'e nach Berlin einladen zum 5. 2.
- 3. LäRats-Sitzung am 19. 2.
- 4. Parteitag verschoben auf

Thomas Händel:

Letztes Wochenende im April PT-Termin?

....im Gespräch:

evtl. 2 Wochenenden Anfang Mai, aber um ersten Mai ginge es nicht.

Joachim Bischoff:

Termin im Mai zu spät, mahnt zu näherliegendem Datum.

Beschlussfassung: "Paketlösung" angenommen.

- Pause -

Notizen zum Thema Situation in der Partei

Nach der Pause wurden Inge Höger-Neuling und Uli Maurer begrüßt.

Axel Troost:

Die TO-Punkte 2 und 3 würden heute nicht behandelt. Statt dessen wolle man sich der Debatte um die Situation in der Partei widmen, was ja auch die folgenden TO-Punkte für morgen vorbereiten/betreffen könne.

Joachim Bischoff:

Die Stimmung im Land habe sich gedreht. Wir müssen nicht in Sack und Asche gehen deswegen. Sehen wir nach den Umfrageergebnissen unter den passiven Leuten hat unser Ansehen nicht gelitten.

Berichtet vom erfolgreichen Hafenstreik. Das sei auch ein Erfolg der WASG und L.PDS. Schlussfolgert, wir beschäftigen uns nicht nur mit uns selbst.

Uli Maurer:

Berichtet von Fraktionsklausur – sei historisch gewesen. L.PDS sei "abgewatscht" worden. Im inhaltlichen Prozess sei man jetzt als WASG auf dem Vormarsch in Berlin. Aber wenn die WASG chaotisiert, dann wird sie eine Traumbeute für die PDS! Unsere Verhandlungsposition wird durch Wirbel in der Partei gefährdet. Berichtet über schwache Stellung der SPD zur Zeit im Bundestag. Vorwurf an SPD würde ganz deutlich gesagt: Ihr seid politisch korrupt.

Helge Meves:

Bericht zu guter Arbeit in WASG. L.PDS spaltete sich daraufhin, sei verunsichert. Wir sollten die Darstellung der Partei besser machen! Wir müssen die Kommunikation verbessern!

Sabine Lösing:

Die Leute erleben die WASG kaum auf unterer Ebene. WASG wird kaum gekannt. An oberer Ebene sieht's gut aus, aber unten! L.PDS zeige sich oft bündnisfeindlich in den alten Bundesländern. Darüber sollte man die Steuerungsgruppe informieren. Wendet sich an J. Bischoff: Der Port packed (kenne Schreibweise nicht)-Kampf sei wohl nicht so sehr ein Erfolg der Linken als eher Sieg der beteiligten Arbeiter.

Mitgliederentwicklung macht ihr Sorge. Die Leute gehen in die L.PDS! Sie habe den Eindruck, wir werden als WASG verkauft.

Interesse an breitem Bündnis mit anderen Bewegungen ist vor Ort nicht zu sehen.

Christine Buchholz:

Die Merkelumfrageergebnisse irritierten die Leute! Genauso ist es auch, wenn die SPD plötzlich mobilisiert zu einer Attac-Demo.

Joachim Bischoff:

Lafontaine wäre erst nicht gern gesehen gewesen in Hamburg. Heute sei das genau umgekehrt, warum? Weil Oskar seine selbstkritische Haltung gegenüber seinen früheren Positionen offen kommuniziere.

Wenn wir gewählt werden, müssen wir Schluss machen mit Privatisierungen. Das ginge sonst hart an unsere Glaubwürdigkeit. Es ist ein echtes Problem für die L.PDS.

Axel Troost:

Erinnert an Polarisierung in der Gesellschaft, Lohnsenkungen und dabei BIP-Steigerung. Insofern haben wir uns zuviel mit uns selbst beschäftigt.

Zu Berlin: Es war schwierig, die beiden LaVo'e zusammenzubringen. Es klappte immerhin doch noch nach Auseinandersetzung, kam zur Diskussion. Es gibt sogar berechtigte Kritikfelder dieser LaVo'e! Aber Wolf schafft immense Reibungspunkte.

Thomas Händel:

Die Stimmung in der Partei werde im Internet nicht real wiedergespiegelt, auch nicht über Mitgliederversammlungen.

Wenn man zurückblicke auf 2005, sei man doch von Ereignis zu Ereignis gehetzt. Die Mitglieder an der Basis der WASG sind oft unqualifiziert. Empfiehlt politische Weiterbildung zur Befähigung für politische Diskussion.

Wir sollten unsere Aussagen popularisieren, gut aufbereiten, unsere Öffentlichkeitsarbeit zielgruppenorientiert verstärken.

Inge Höger-Neuling:

Erfolg der Rede Oscar Lafontaines sei wirklich erwähnenswert. Später aber sei leider mehr über die L.PDS geredet worden. Das müssen wir ihm sagen! Eine WASG-Mitgliederversammlung habe sie erlebt. Sei chaotisch gewesen, hätte viele Störer gegeben.

Henning Hagen:

Außert sich ausführlich zur Ost-Situation. Probleme in Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns z. T. selber gemacht. Dort gibt es Leute, die nicht mal mehr mobil sind wegen ihres Geldmangels. Wir müssen uns dem Problem stellen. Empfiehlt Buch: "Sieben Jahre PDS in Mecklenburg-Vorpommern". Dort würde ein vernichtendes Urteil zur Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Er sei auf Versammlungen der L.PDS gewesen. Überall spüre man das Unwohlsein der PDS-Basis mit der eigenen Leitung.

Axel Troost:

Regt Beendigung der Debatte an. Die vier Leute, die noch auf der Redeliste stünden, könnten am nächsten Tage zu Wort kommen. (Zustimmung im Saal.) Hiermit seien auch die Mitglieder des Präsidiums des LäRates befreit. Sie könnten morgen nach dem Frühstück abreisen.